

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 732

Mittwoch, 23. Juni 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Übermüdete Lehrende: Technologie in der Pandemie ist ein zweischneidiges Schwert.....	1
Das Gesundheitsministerium hat laut LabDatos bereits 71 % der Impfstoffe verbraucht.....	3
So versucht die Partei VALOR, Militärs von Kriegsverbrechen zu entlasten.....	4
pbi: Stellenausschreibung Referent:in Advocacy, Bewerbungsfrist: 30.06.2021.....	5

Übermüdete Lehrende: Technologie in der Pandemie ist ein zweischneidiges Schwert

Guatemala, 16. Juni - Ein Jahr nach Beginn der Pandemie hat sich das Bildungssystem nicht neu erfinden können. Im Gegenteil, sie befindet sich in einer anstrengenden Spirale, die sowohl Schüler*innen als auch Lehrende erschöpft. Technologie, wo sie verfügbar ist, rettete die Einhaltung der physischen Distanz, um eine Ansteckung mit COVID-19 zu vermeiden, aber sie verlängerte den Zeitplan der Lehrenden. Von Fünf-Stunden-Tagen mit ihren Schüler*innen im Klassenzimmer lavieren sie zwischen schwer planbaren "Ich habe eine Frage"-SMS und Stunden, in denen die Sonne nicht mehr scheint [*weil man im Haus vor dem Computer unterrichten muss, vermutet die Red.*].

Philip García ist klinischer Psychologe und Mittelschullehrer in der Hauptstadt. Er ist müde. Er klagt über die Tatsache, dass er ausserhalb der Arbeitszeit Sprechstunden abhalten muss. "Technologie kann ein zweischneidiges Schwert sein. Die Möglichkeit der Erreichbarkeit zu unterschiedlichen Zeiten kann den Lehrenden fast rund um die Uhr fordern." Er löste das Problem dadurch, dass er seinen Schüler*innen sagte, sie sollten ihre Fragen nachts schicken und am nächsten Tag ab 7:30 Uhr würde er sie beantworten. Seine zweite Herausforderung war die Anpassung an die neue Situation. Niemand war darauf vorbereitet, Fernunterricht in virtuellen Klassen zu geben. Obwohl die Schule, an der er arbeitet, die Classroom-Plattform seit 2018 nutzt, wurden nur einfache Aufgaben wie Videoanalysen oder einseitige Zusammenfassungen gepostet. "Es war notwendig, ins Wasser zu springen. Auch wenn manche nicht schwimmen können, hilft es ja nichts."

Die Vorbereitung des Unterrichts, insbesondere der komplexeren Fächer wie Chemie und Statistik, erforderte mehr Kreativität, um bestimmte Themen zu vermitteln. Zu letzterem Thema sagt García: "Ich unterrichte mit der Software One Note und wir gehen da Schritt für Schritt vor; ich bringe ihnen Excel bei und setze Formeln und so weiter".

Die Schwierigkeit erhöht sich für ältere Lehrer, die sich der Umstellung widersetzen, weil sie fast ihr ganzes Leben lang mit dem Bleistift- und Notizbuchsystem gearbeitet haben. García gibt das Beispiel eines Kollegen, einem Mathematiklehrer. "Er benutzt eine echte Tafel und hat die Kamera in einem gewissen Abstand hinter sich. Ich sage: ‚Schau mal, es gibt elektronische Tafeln‘, und er antwortet: ‚Nein, diesen Unsinn mag ich nicht, ich weiss nicht, was das soll‘. Er passt sich nicht an". Die grösste Herausforderung für die Lehrenden, sagt er, sei es gewesen, den Schüler*innen den Lernstoff auf kreative oder auffällige Weise beizubringen. "Ich verwende viele YouTube-Videos. Ich liebe es, interaktive Folien zu präsentieren, mit denen ich den Stoff anschaulich erklären kann. In Biologie präsentiere ich eine Zelle und mit dem Chromstahl bringe ich alles mit nur einer Folie bei."

Das andere Extrem sind die ersten Klassen, auch hier war die Zeit eine grosse Herausforderung, sagt Katherine Davila, Vorschullehrerin in einer Privatschule in der Hauptstadt. Sie führe Gespräche mit den Eltern, ohne auf ihre Arbeitszeiten achten zu können. Die für die Kommunikation eingerichteten Prozesse sind jedoch langsam, was zu Beschwerden führt. Es gab Zeiten, in denen ihre Kraft nicht ausreichte, also suchte sie Hilfe im Zentrum für psychologische Praxis und Dienstleistungen der Universität Rafael Landívar [s. <https://principal.url.edu.gt/acerca-de/servicios/centro-landivariano-de-practica-y-servicios-de-psicologia/>, d.Red.]. "Ich habe mein Gleichgewicht gefunden, als ich alleine zur Therapie gegangen bin", sagt Davila.

Im September 2020 schlief sie nicht mehr, sie verschloss sich gegenüber anderen, sie hatte das Gefühl, zu viel zu tun.

Bei mir zu Hause war nur noch die Arbeit. Und dann machten sie mir Druck. Ungefähr zu dieser Zeit begannen sie, mir E-Mails zu schicken, in denen sie mich aufforderten, meinen Job zu kündigen, erst waren es zehn Leute jeden Monat, dann zwanzig. Und der Druck war zusätzlich zu dem im Unterricht, mit Freunden ... und all dem".

Der Privatsektor ist nach Angaben des Bildungsministeriums für 23% der Schüler verantwortlich. Wie ist sein Verhältnis zum Bildungsministerium? Er fungiert eher als Kontrollorgan. "Es geht nicht darum zu sagen: 'Oh, ja, er hat uns Webinare gegeben oder er wollte uns in diesem und jenem schulen...' Nein. Er fragt einfach nach dem üblichen Papierkram, den Anforderungen und so weiter", beschwert sich García. Bei fast drei Viertel der Bereiche, mit denen er zu tun habe, habe es keine signifikanten Veränderungen gegeben. Die Pandemie markierte wie ein grüner Leuchtmarker im Text die Unzulänglichkeiten des Bildungssystems. Eine weitere Sorge der Lehrenden in Ländern wie Guatemala sind andere Realitäten: der Mangel an Internet in ländlichen Gebieten, die Impfungen (einige Eltern fordern die sofortige Rückkehr in den Klassenraum) oder die Angst, entlassen zu werden, weil Schüler*innen zu den privaten Schulen abwandern.

Blick in die Departamentos

Als erste Schwierigkeit nannte Estéfana Pinto, Lehrerin an einer öffentlichen Sekundarschule in Jalapa, die Kommunikation mit Schüler*innen und Eltern, weil diese kein Internet haben. "Viele unserer jungen Leute haben den Dienst nicht, nicht einmal ein Smartphone oder zumindest WhatsApp. Einige haben nicht einmal Strom und leben in sehr abgelegenen Gebieten. Ihnen die Unterrichtsleitungen zu bringen, ist kompliziert, weil sie sie nicht finden können. Sie mussten dorthin gehen, wo ihre Eltern auf den Märkten arbeiten und dann ihre Hausaufgaben abholen, also Anstrengungen, die sie vorher nicht hatten. "Die Leute sehen nicht den Aufwand, den viele von uns Lehrenden auf sich nehmen", beklagt sie.

Ein zweiter Punkt ist die Verschlechterung der Kommunikation mit den Eltern und die Schwierigkeiten, die sie dabei haben, ihre Kinder bei Problemen zu unterstützen. "Wenn alle Eltern zu Gesprächen gebeten werden, kommen nur 10 % von ihnen in die Schule. Sie sind nicht daran interessiert zu wissen, was mit der Ausbildung ihrer Kinder geschieht, sie wissen nicht einmal von den Leitfäden, die wir ihnen jede Woche geben".

Nach einem Jahr in dieser Situation fühlt sich Pinto müde und frustriert. Es ist der Mangel an Technologie, aber vor allem die Vernachlässigung der Behörden des Bildungsministeriums. "Dieses Jahr war sehr schwierig, sie haben uns ins Wasser geworfen, ohne zu wissen, wie man schwimmt. Wir kommen zurecht, weil Gott uns hilft. Wir lernen nach und nach, neue Techniken mit den Schülern umzusetzen, uns als Lehrende zu erneuern". Sie würde gerne zum normalen Unterricht in einem Klassenzimmer zurückkehren. "Von 7:30 bis 12:30 in meiner Einrichtung zu sein, meine Kurse zu unterrichten, meine Schüler*innen zu sehen, Probleme persönlich zu klären. Früher war es einfacher, denn jetzt arbeiten sie mehr als 12 Stunden am Tag.

Das grösste Problem, das Hosaldo Orozco, Direktor der Bildungsabteilung an der Universität Rafael Landívar, in den Departamentos sieht, sind fehlende Online-Verbindungen, was die Suche nach Alternativen für den Fernunterricht auslöste: Radio, Fernsehen und gedruckte Leitfäden. "Aber das sind natürlich keine optimalen Bedingungen, sondern nur Lindungen des Problems".

In einem Punkt sind sich alle einig: Niemand war auf die Szenarien vorbereitet, die die Pandemie für das Bildungsmodell mit sich brachte. Aktionen wurden spontan und nicht immer unter den besten Bedingungen durchgeführt. Wenn 2020 ein Jahr der Anpassung war, wird 2021 dann ein Jahr des Übergangs zu einem neuen Bildungsmodell sein? "Die wichtigste Frage ist, wann und unter welchen Bedingungen es optimal ist, schrittweise zum Präsenzunterricht zurückzukehren. Aber ein allgemeiner Standard kann nicht angewendet werden, weil jede Schule und jede Region andere Bedingungen hat", sagt Orozco.

Es geht auch um die Bereitstellung von Werkzeugen zur Verbesserung der Qualität des Fernunterrichts und darum, Programme zur sozio-emotionalen Unterstützung einzurichten. Körperliche und geistige Erschöpfung der Lehrenden ist sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor ein unbehandeltes Problem, das sich auf die Leistung der Schüler*innen auswirkt. Wie Katherine Dávila sagt, ist die Bewältigung des emotionalen Teils entscheidend für diejenigen, die sich der Ausbildung von Menschen widmen. Und das in zweierlei Punkten: Lehrende weiterzubilden und zu begleiten.

Fernunterricht ist nicht dasselbe wie Präsenzunterricht

Obwohl die Pandemie die Chance eröffnet hat, das Bildungsmodell zu überdenken, hat sich das Land noch nicht mit dem Thema befasst und verfügt auch nicht über die Voraussetzungen, Papier, Bleistift und starre Stundenpläne hinter sich zu lassen. Denn jetzt nehmen sie das, was im Klassenzimmer bei der Wissensvermittlung und der Auswertung gemacht wurde, mit ins Virtuelle.

"Die Bildungszentren, die optimale Bedingungen haben, reproduzieren das Modell des Präsenzunterrichts auch im Virtuellen. Wir müssen aber neue Wege des Fernunterrichts lernen", betont Orozco. "Wir können nicht am Computer kleben, es gibt Fächer, die mehr synchrone Sitzungen erfordern, andere weniger".

Es gibt Fragen, die noch zu klären sind: Welche Bedeutung sollte dieses neue Lernen von Angesicht zu Angesicht haben? Sollten städtische und ländliche Gebiete gleich behandelt werden? Wie kann das Internet demokratisiert werden?

Die Konnektivität wird in solchen Gestaltungsprozessen immer relevanter. Um also von neuen Modellen in der Praxis zu sprechen, ist es notwendig, Onlineverbindungen zu haben. Das Internet ist ein von der UNO seit 2011 anerkanntes Menschenrecht, aber in Guatemala ist es ein Privileg: Nur 17,3 Prozent der Haushalte haben es, obwohl das Land laut der Oberaufsichtsbehörde für Telekommunikation (SIT) über 20,3 Millionen Handys verfügt.

Es ist notwendig, die Konnektivität im ganzen Land zu erhöhen, andernfalls wird es nicht möglich sein, eine umfassende Bildungsreform durchzuführen. Und die Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten wird sich vergrößern. Das gilt für Bildungsfragen und für die soziale Ungleichheit.

Andere Länder

(...) In Costa Rica forderte die Gewerkschaft der im Bildungsbereich Beschäftigten die Regierung auf, den Präsenztunterricht auszusetzen und nur noch virtuellen Unterricht durchzuführen. Dies ist auf den Anstieg der Fallzahlen und die Zahl der verstorbenen Lehrenden zurückzuführen. Nach Zahlen, die von Larepública.net gesammelt wurden, sind bis April 2021 163 Todesfälle unter Lehrenden gemeldet worden. Das Bildungsministerium Costa Ricas plant, mit dem Hybridmodus fortzufahren, da etwa 320.000 Schüler*innen keinen Internetanschluss hätten.

Und wer hört in Guatemala auf das, was die Lehrenden nach einem Jahr zu sagen haben? Die Regierung? Die Gesellschaft? Was muss geschehen, um dieses Problem umfassend anzugehen? Unbeantwortete Fragen in einem Land, in dem jede*r für sich ist, in dem die Probleme der Nachbarschaft, der Gemeinde oder der Kommune nicht die Angelegenheit des Präsidenten sind – so scheint es zumindest, wenn man eine seinen jüngsten Äusserungen [*über-?*] interpretiert:

"Was ist die Aufgabe des Präsidenten - die Welt beim Schwanz zu packen und sie zum Impfen zu bringen? Das ist nicht mein Vorgehen. Mein Vorgehen ist es, die Leute zu bitten, sich bitte impfen zu lassen".

Es scheint banal, aber es ist wahr: Die Pandemie ist eines jener historischen Ereignisse, aus denen die Menschheit als eine andere herausgeht. Die Frage sollte nicht nur sein, welche Veränderungen sie mittel- und langfristig mit sich bringen wird, sondern wie wir uns an allen Fronten, insbesondere im Bildungsbereich, anpassen werden. Wie Charles Darwin sagte: "Es ist nicht die stärkste der Arten, die überlebt, noch ist es die intelligenteste, die überlebt. Es ist diejenige, die sich am besten an Veränderungen anpassen kann". (Plaza Pública)

Das Gesundheitsministerium hat laut LabDatos bereits 71 % der Impfstoffe verbraucht

Guatemala, 19. Juni - Seit dem 25. März hat Guatemala insgesamt 1.079.800 Dosen Impfstoff gegen Covid-19 erhalten, und mit Stand vom letzten Freitag, 18. Juni, gab die Pandemie-Analyse-Gruppe LabDatos an, dass nur noch 304.410 Dosen zur Verfügung stehen, um den nationalen Impfplan fortzusetzen.

Nach seiner Analyse hat das Ministerium für öffentliche Gesundheit und soziale Unterstützung (MSPAS) 71% aller Impfdosen verabreicht, also 775.390. Von diesen waren 631.298 für die erste Impfung und 144.092 für die zweite. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass seit Mitte Mai die Anwendung der ersten und zweiten Dosis zugenommen hat. Hinsichtlich der Anzahl der verfügbaren Dosen stellt LabDatos fest, dass es sich bei 413.142 Dosen um Impfstoffe von AstraZeneca handelt, von insgesamt 924.800, die vom Covid-19 Global Access Fund for Vaccines (COVAX) und einer Spende der indischen Regierung stammen.

76.004 Dosen sind Sputnik V (von insgesamt 150.000, deren dritte Charge am 16. Juni ins Land gekommen ist).

Von Moderna, die von der israelischen Regierung gespendet wurden, ist nicht bekannt, ob noch Dosen vorhanden sind. Darüber hinaus warten nach den bekannten Zahlen 487.206 Personen auf die zweite Dosis, was ein Defizit von 182.796 Dosen in Bezug auf die verfügbare Menge darstellt.

70 % erhalten keinen Impfstoff

Auf der anderen Seite zeigt die Analyse, dass nur 30,3 % der Bevölkerung über 70 Jahre und 35,8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 60 und 69 Jahren und 10,3 % der Altersgruppe von 50 bis 59 Jahren die erste Dosis gegen Covid-19 erhalten haben.

Laut der Covid-19-Tabelle haben 6 % der guatemaltekischen Bevölkerung die erste Dosis erhalten, während nur 1,37 % die zweite Dosis erhalten haben, womit das Impfschema abgeschlossen ist.

Das Labor stellt fest, dass in den letzten Tagen ein "relativer Anstieg" der Anzahl der verabreichten Erstdosen im Vergleich zur Woche vom 7. bis 13. Juni festgestellt wurde. Die Verabreichung der zweiten Dosis nahm jedoch ab.

Die folgenden Abteilungen melden die höchste Anzahl von verabreichten Erstdosen:

- Guatemala - 237.072
- Quetzaltenango - 34.316
- Huehuetenango - 22.888
- San Marcos - 20.180
- Chimaltenango - 20.378

17 Impfzentren haben SPUTNIK V

Schliesslich stellt die Analysegruppe LabDatos fest, dass mit Stand vom 14. Juni das Gesundheitsministerium 17 Impfzentren im Departement Guatemala registriert hat, die den Impfstoff Sputnik V verabreichen.

Davon ragen das Centro Universitario Metropolitano (CUM) und die Universidad Rafael Landívar (URL) heraus, die mehr als 10.000 Dosen verabreicht haben. Sie verimpfen täglich zwischen 600 und 1.400 Dosen von Sputnik V, während 11 Impfstellen weniger als 2.000 verabreichte Dosen registrieren. Das Impfzentrum, das sich im Gemeindehaus von Madre Dormida in Zone 7 befindet, hat nur 145 Dosen pro Tag verabreicht.

Keine Antwort auf Anfrage beim Ministerium

La Hora fragte bei der Presseabteilung des MSPAS nach, wann eine neue Charge von Sputnik V-Dosen, die von Gesundheitsministerin Amelia Flores während einer Pressekonferenz am 14. Juni angekündigt wurde, geliefert wird, sowie nach weiteren möglichen Lieferungen. Es ist jedoch keine Antwort eingegangen.

Bezüglich des Wechsels des Pharmaunternehmens für COVAX und der kürzlich angekündigten Spende von 500.000 Impfstoffen aus den USA, die gefährdet sein könnten, weil der Staat Guatemala nicht die Verantwortung für eventuelle Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Impfstoffen übernommen hat, gibt es keine Fortschritte bezüglich der Verpflichtungen, die das Land übernehmen muss. (La Hora)

So versucht die Partei VALOR, Militärs von Kriegsverbrechen zu entlasten

Guatemala, 17. Juni - Abgeordnete der politischen Partei Valor, die die Präsidentschaftskandidatur von Zury Ríos im Jahr 2019 unterstützt hat, fordern mit dem Gesetzentwurf 5920 eine Amnestie für alle wegen Kriegsverbrechen Verfolgten. Das neue Gesetz ist kurz, aber seine sieben Artikel sind in der Lage, die von 1960 bis 1996 dokumentierte Geschichte Guatemalas umzuschreiben. Die Abgeordneten, die den Gesetzentwurf eingebracht haben, versuchen, jegliche Strafverfahren und Verurteilungen für Verbrechen, die während des internen bewaffneten Konflikts begangen wurden, auszulöschen.

Die Initiative 5920, die von der Fraktion von VALOR vorgelegt wurde, heisst "Gesetz zur Friedenskonsolidierung und Versöhnung". Deren Abgeordneten behaupten, dass die Amnestie, die nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens vereinbart wurde, derzeit nicht in fairer Weise angewendet werde.

Sie argumentieren, dass das Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens erst 1995 und Folter erst 1996 unter Strafe gestellt wurde, ohne dass diese Vorwürfe auf dem Höhepunkt des Krieges begangen wurden; sie fügen hinzu, dass auch die strafrechtliche Verfolgung von Völkermord nicht greife, weil die Ursachen, die zum Aufstand führten, nicht die Ausrottung einer ethnischen Gruppe zum Ziel hatten.

Diese Argumente sind nicht neu; sie wurden bereits bei der Reform des Gesetzes zur nationalen Versöhnung geäußert, das durch einen Beschluss des Verfassungsgerichts (CC) auf Eis gelegt wurde. Die Mehrheit der Richter*innen begründete dies damit, dass die Amnestie für politische Straftaten, die die Legislative gewähren kann, mit dem Schutz der Menschenrechte und der internationalen Rechtsprechung in diesem Bereich Hand in Hand gehen sollte.

Der neue Gesetzesvorschlag würde, wenn er angenommen wird, die sofortige Freilassung aller Personen anordnen, die wegen Verbrechen im Zusammenhang mit dem internen bewaffneten Konflikt in Untersuchungshaft sind oder eine Strafe verbüssen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft (MP) befinden sich 67 Personen wegen dieser Prozesse im Gefängnis und gegen 33 weitere liegt ein Haftbefehl vor.

Molina Barreto für die Nationale Versöhnung

Im vergangenen Februar entschied das CC endgültig über eine Reihe von Einsprüchen, die den Gesetzgebungsprozess der Reformen des Gesetzes zur Nationalen Versöhnung aussetzten, die vom ehemaligen Abgeordneten Fernando Linares Beltranena von der Partei des Nationalen Fortschritts (PAN) vorangetrieben wurden.

Die einzige Stimme, die die Initiative innerhalb des damaligen Verfassungssenates unterstützte, war die von Roberto Molina Barreto, ehemaliger Vizepräsidentschaftskandidat der politischen Partei VALOR, deren Abgeordnete nun für das neue Gesetz werben, und derzeitiger Präsident der neuen Verfassungsmagistratur.

Molina Barreto begründete sein Votum damit, dass ein staatliches Organ, in diesem Fall der Kongress, nicht durch eine einstweilige Verfügung daran gehindert werden könne, seinen in der Verfassung festgelegten Verpflichtungen nachzukommen. Er wies auch darauf hin, dass die Verhinderung der Abgeordneten, einen Gesetzentwurf zu diskutieren, eine klare und "unzulässige Einmischung" sei.

Sowohl die Gesetzgeber*innen, die die Initiative unterstützen, als auch die Vertreter*innen der sozialen Organisationen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, sind sich einig, dass dieser Vorschlag Gegenstand vielfältiger Herausforderungen sein wird, bei denen das kürzlich teilweise neu besetzte CC eine Schlüsselrolle spielen wird.

Linares Beltranena sieht eine mutige Initiative

Der ehemalige Abgeordnete Linares Beltranena bedauerte, dass seine Initiative nicht die nötige Unterstützung erhielt, ist aber zuversichtlich, dass die neuen Richter*innen des CC die Initiative 5920 besser analysieren werden: "Ich denke, es ist eine korrekte Initiative, die mit der Verfassung übereinstimmt und vor allem mutig ist, weil die politische Korrektheit ihr zuwiderläuft. Ich glaube, dass dieses Gesetz reale Chancen hat, im Plenum angenommen zu werden und dass es nicht für verfassungswidrig erklärt werden wird. Das CC ist nicht mehr von linken Aktivist*innen unterwandert wie früher", sagte der ehemalige Kongressabgeordnete.

Die Kongressabgeordnete Lucrecia Marroquín de Palomo, eine der Befürworterinnen des neuen Gesetzes, erklärte ihrerseits, dass dieser Vorschlag geboren wurde, nachdem das damalige CC die Reformen des Gesetzes zur Nationalen Versöhnung auf Eis gelegt hatte. Sie hofft, dass der neue Senat des Verfassungsgerichts zum Zeitpunkt der Anhörung objektiv sein wird.

"Was mit dem Militär gemacht wird, ist illegal. Das liegt daran, dass es keine Rechtsstaatlichkeit gibt. Wir haben sowohl das Amnestiegesetz als auch die Unterzeichnung der Friedensverträge, internationale Gesetze bezüglich der Menschenrechte und in Guatemala wurden sie nicht eingehalten. Hier hat nur die Guerilla alle Vergünstigungen und Hilfen des Staates erhalten und die Armee wurde an den Rand gedrängt (...). Jetzt haben wir ein Gericht, das nicht voreingenommen ist. Wir hoffen, dass es ein Gericht ist, das seine Entscheidungen auf dem Gesetz basiert, auf der Gerechtigkeit und das nicht von der internationalen Gemeinschaft beeinflusst wird, wie es in der Vergangenheit mit dem geschah", sagte die Kongressabgeordnete.

Absurder Vorschlag

Das Zentrum für rechtliche Aktionen für Menschenrechte (CALDH), eine der Organisationen, die den Prozess gegen den ehemaligen Staatschef Efraín Ríos Montt im Völkermordfall vorangetrieben hat, lehnte diesen neuen Gesetzesvorschlag ab.

"Es ist eine völlige Absurdität, weil die Abgeordneten, die die Initiative vorgestellt haben, ebenso wie diejenigen, die die vorherige Initiative vorgestellt haben, nicht die geringste Ahnung darüber haben, was internationales Recht über Menschenrechte ist. Von dieser Art von Richter*innen im CC kann die guatemaltekische Gesellschaft alles erwarten. Mit der Einbindung dieses Richters werden wir mit Sicherheit sehr fragwürdige Beschlüsse von diesem Gericht erhalten, die mit dem internen bewaffneten Konflikt, mit Vertreibungen, Megaprojekten und Rohstoffunternehmen zu tun haben", sagte der Anwalt Héctor Reyes de Caldh.

Unterdessen glaubt Oswaldo Samayoa vom Zentrum für Guatemaltekische Studien (CEG), eine der Organisationen, die gegen die Reformen des Gesetzes zur Nationalen Versöhnung vorgegangen sind, dass die Zukunft dieser neuen Initiative ähnlich sein könnte wie die ihres Vorgängers.

"Das CC kann einen Einfluss haben, aber ich sehe es als ziemlich schwierig an. Erstens, weil es eine verfassungswidrige Entscheidung wäre; die Verfassung ist sehr klar in Bezug auf den Umfang dessen, wer durch den Kongress amnestiert werden kann, und sie schliesst zu keiner Zeit Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord ein. Zweitens müssen wir uns daran erinnern, dass diese Art von Rechtsprechung, der das CC unterworfen sein sollte, nicht nur seine eigene ist, sondern auch die des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes (IACHR)", sagte er.

Die Abgeordneten der VALOR-Fraktion hoffen, dass die nächste Sitzung des Kongresses in den ersten Julitagen stattfinden wird, wo sie beantragen werden, dass die neue Initiative zur Begnadigung von Kriegsverbrechen zur Analyse und Stellungnahme an die Menschenrechtskommission des Kongresses unter dem Vorsitz von Alvaro Arzú Escobar weitergeleitet wird. (Prensa Libre)

pbi: Stellenausschreibung Referent:in Advocacy, Bewerbungsfrist: 30.06.2021

Hamburg, 10. Juni - peace brigades international ist eine Menschenrechtsorganisation mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen und seit 1981 in Krisengebieten tätig. pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, leistet pbi durch verschiedene Ansätze einen Beitrag zu deren Schutz und Sicherheit. Auf diese Weise bleiben Handlungsspielräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind sowohl die Zielgruppen von pbi als auch die lokalen pbi-Mitarbeitenden und -Freiwilligen durch ein weltweites Alarmnetz mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert. Aktuell ist pbi mit Projekten in Guatemala, Kolumbien, Mexiko, Honduras, Kenia, Indonesien, Nicaragua (in Costa Rica) und Nepal aktiv.

Die deutsche Ländergruppe von pbi unterstützt die weltweite Arbeit der Organisation durch die Anwerbung und Entsendung von Personal, die Akquise von Mitteln, politische Advocacy und Öffentlichkeitsarbeit. Ausserdem führt sie ein deutschlandweites Bildungsprojekt durch.

Gesucht wird ein:e Mitarbeiter:in im Referat Projektbegleitung. Die Tätigkeit besteht in der Durchführung und Weiterentwicklung der Advocacyarbeit von pbi Deutschland zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in Lateinamerika und zu thematischen Schwerpunkten (länderübergreifend) in enger Absprache mit der Koordination, dem Bereich Projektbegleitung, der Öffentlichkeitsarbeit und den in dem Bereich ehrenamtlich Aktiven und Rückkehrer:innen sowie perspektivisch in der Antragsstellung und dem Berichtswesen für Projekte in Lateinamerika.

Aufgaben:

- Mitwirkung an der Entwicklung der Advocacystrategie und Jahresplanung
- Planung und Durchführung von Advocacytätigkeiten (z. B. Lobbygespräche, Runde Tische, Podiumsdiskussionen, Briefings und andere schriftliche Eingaben)
- Durchführung von Eilaktionen in Reaktion auf akute Bedrohung von Menschenrechtsverteidiger:innen, in enger Absprache mit den lateinamerikanischen Projekten

- Koordination und Begleitung von Besuchsreisen in Deutschland
- Aufbau und Pflege des Unterstützungsnetzwerks zu Lateinamerika
- Mitarbeit in der pbi-internen internationalen Advocacy-Arbeitsgruppe
- Vertretung von pbi in länderspezifischen und themenbezogenen Netzwerken
- Aufbereitung, Analyse und Dokumentation von Informationen aus den lateinamerikanischen pbi Projekten und aus den Netzwerken
- kontinuierliches Follow-Up aktueller Debatten und Aktivitäten zum Thema Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen sowie den angrenzenden Themenschwerpunkten von pbi
- Teilnahme an Konferenzen/Fachtagungen etc.
- Einbindung von Ehrenamtlichen und Rückkehrer:innen aus den Projekten in die Advocacyarbeit

zusätzliche Aufgaben ab Stundenerhöhung:

- Antragsstellung und Berichtswesen für zwei Projekte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) in Lateinamerika
- Unterstützung bei Antragsstellung und Berichtswesen auch für weitere Geber:innen

Ihr Profil / Voraussetzungen:

- Kenntnisse der Menschenrechtssituation in den pbi-Projektländern oder anderen lateinamerikanischen Ländern
- Kenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit politischen Akteur:innen in Deutschland
- Erfahrungen in der politischen Analyse und Strategieentwicklung
- Fundierte Spanisch-, Englisch- und Deutschkenntnisse in mündlicher und schriftlicher Form
- Sicheres schriftliches Ausdrucksvermögen und hohe Kommunikationsfähigkeit
- Bereitschaft zu Dienstreisen im In- und Ausland
- Interesse am Arbeiten unter Abstimmung und Mitentscheidung von vielen Beteiligten, Erfahrung mit Konsensstrukturen, Identifizierung mit den pbi-Prinzipien
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen
- Eigenverantwortliches und selbständiges Arbeiten
- Belastbarkeit und Teamfähigkeit
- Hohe Kompetenz, systematisch zu arbeiten und angesichts vielfältiger Aufgaben den Überblick zu behalten

wünschenswert:

- Erfahrungen im Antrags- und Berichtswesen in (öffentlichen) Förderprogrammen
- Erfahrungen in der Advocacyarbeit von pbi
- Kenntnisse im Themenbereich Wirtschaft und Menschenrechte

Die Stelle umfasst vorerst 25 Std./Woche und ist zunächst auf zwei Jahre befristet mit der Option auf Verlängerung mit Entfristung. Eine Stundenerhöhung auf 34 Std./Woche wird angestrebt. Das Gehalt entspricht dem pbi-internen Einheitsgehalt. Die Auswahlgespräche werden voraussichtlich zwischen dem 15. und 19. Juli virtuell stattfinden. Die Stelle ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen. Der Arbeitsplatz ist in der Hamburger Geschäftsstelle und leider nicht barrierefrei. Aufgrund der Massnahmen zur Pandemie-Eindämmung wird momentan hauptsächlich remote gearbeitet. Ihre Bewerbung (ohne Foto) richten Sie bitte unter Angabe Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins per Mail bis zum 30.06.2021 an bewerbungen@pbi-deutschland.de. Bei Fragen zu dieser Position kontaktieren Sie bitte Joana Kathe oder Mirijam Schuldt unter bewerbungen@pbi-deutschland.de.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
 Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
 Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6